

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Finanzausschuss	23.03.2015

Finanzielle Entlastung der Kommunen durch die Bundesregierung

Das Bundeskabinett hat zwischenzeitlich den Entwurf des „Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“ verabschiedet.

Das Gesetzespaket umfasst einen Gesamtbetrag von 5,5 Mrd. Euro, der sich auf folgende Teilaspekte aufteilt:

- 3,5 Mrd. Euro sollen aus einem Sondervermögen zur Unterstützung von Investitionen finanzschwacher Kommunen in vorgegebene Bereiche eingesetzt werden. Hiervon entfällt ein Anteil von 32 % auf NRW. Weitere Erkenntnisse hierzu liegen noch nicht vor.
- 0,5 Mrd. Euro sind zum Ausgleich von Mehrbelastungen bei Ländern und Kommunen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern vorgesehen. Auch hier liegen bezüglich der Aufteilung noch keine näheren Erkenntnisse vor.
- über die bisher ab dem Jahr 2015 zur kommunalen Entlastung vom Bund über die Länder an die Kommunen gezahlte sog. Vorabmilliarde werden in 2017 einmalig 1,5 Mrd. Euro als weitere Entlastung an die Kommunen gezahlt. Die Berechnungsgrundlage für die Verteilung dieser Mittel auf die einzelnen Kommunen basiert mit einem Betrag von 500 Mio. Euro auf dem Berechnungsschema des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft. Die weiteren 1,0 Mrd. Euro werden den Kommunen durch einen erhöhten Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer zur Verfügung gestellt.

Für die Stadt Köln bedeutet dies auf Basis der o. a. Berechnung im Jahr 2017 einen Mehrertrag von rd. 33 Mio. Euro.

Der Hpl.-Entwurf 2015ff berücksichtigt bereits ab dem Jahr 2015 die aus der sog. Vorabmilliarde vom Bund bereitgestellte Entlastung von rd. 21,5 Mio. Euro p. a.

Darüber hinaus können in 2017 einmalig die o. a. rd. 32,5 Mio. Euro vereinnahmt werden. Für das Jahr 2017 ergibt sich somit eine Entlastung aus Bundesmitteln von rd. 54 Mio. Euro.

Für den Zeitraum 2015 – 2017 ergeben sich somit summarisch die in der Presse aufgeführten 97 Mio. Euro.

gez. Klug